Vom Kampf gegen den Atomtod in England

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **55 (1961)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ich fasse zusammen: Mit Kardinal Ottaviani bin ich der Meinung, daß der atomare Krieg die seit Jahrhunderten geltenden Bedingungen für einen gerechten Krieg nicht mehr erfüllen kann; daß er nicht nur quantitativ, sondern — wie ebenfalls Cordovani, der Magister Sacri Palatii, im «Osservatore Romano» erklärte, substantiell von den bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen verschieden sei, nämlich «Mord an Unschuldigen und Verbrechen an der Menschheit». — An der Verantwortung aber, daß diese Waffen nicht gebraucht werden, ist jeder Staatsbürger politisch und moralisch mitbeteiligt.

P. Franziskus Stratmann OP

Vom Kampf gegen den Atomtod in England

Der englische *Ausschuß der Hundert* wurde im Oktober 1960 gegründet, um den zivilen Ungehorsam gegen die Verwendung von Nuklear- und anderer Massenvernichtungswaffen zu organisieren.

Die Gründung erfolgte auf einen Aufruf von *Lord Russell* und *Pfarrer Michael Scott*, die erklärten: Wir bitten um Unterstützung für eine Bewegung gewaltlosen Widerstandes gegen den Nuklearkrieg und Waffen der Massenvernichtung.

Unser Appell gründet sich auf unser gemeinsames Bewußtsein der entsetzlichen Gefahr, welche die Regierungen in Ost und West die menschliche Rasse aussetzen.

Der Ausschuß fordert die britische Regierung auf, Nuklearwaffen und alle Wehrprogramme und Bündnisse, die darauf gründen, aufzugeben. Er fordert die Bevölkerung jedes Landes auf, der Nuklearpolitik ihrer eigenen Regierung Widerstand zu leisten.

Am 18. Februar 1961 organisierte der Ausschuß seine erste Massenprotestaktion. 4000 Männer und Frauen schlossen sich Lord Russell und Pfarrer Michael Scott an und führten einen dreistündigen Sitzstreik vor dem englischen Kriegsministerium durch, als Protest gegen Polaris-Unterseeboote und alle Nuklearwaffen. Die Regierung wurde in Kenntnis gesetzt, daß dies der erste Schritt in einer Kampagne zivilen Ungehorsams sei.

Folgende Erklärung

wurde von Bertrand Russell und Michael Scott am Tor des Kriegsministeriums angeschlagen:

Die Nuklearmächte in Ost und West versuchen, die Völker der Welt zu erpressen. Der Moment ist gekommen, da die Völker handeln müssen.

Heute unternehmen wir einen aktiven Vorstoß gegen die wahnsinnige Nuklearpolitik unserer Regierung. Wir verlangen die sofortige

Aufhebung des Abkommens über die Stationierung von Polarisraketen führenden Unterseebooten in Großbritannien.

Wir verlangen, daß unsere Regierung alle Nuklearwaffen, jede Politik und alle Bündnisse, die darauf beruhen, aufgibt.

Hitler versuchte ein ganzes Volk auszurotten. Heute bedrohen die Nukleartyrannen in Ost und West die ganze menschliche Rasse mit Vernichtung.

Wir fordern das Volk in allen Ländern auf, sich gegen diese abscheuliche Tyrannei zu erheben. Wir fordern die Wissenschaftler auf, keine Nuklearwaffen herzustellen. Wir fordern die Arbeiter auf, jede Arbeit, die damit zusammenhängt, einzustellen und ihre gewerkschaftliche Macht für den Kampf um das Leben einzusetzen.

Wir fordern alle Schichten der Bevölkerung zu direktem Eingreifen auf, um die Herstellung von Nuklearwaffen zu verhindern.

Unsere heutige Aktion ist der erste Schritt in einem Feldzug gewaltlosen zivilen Ungehorsams. Wir warnen unsere Regierung, daß wir nicht länger zusehen werden, während sie die Zerstörung der Menschheit vorbereitet.

Und zwei Kommentare

Albert Schweitzer schreibt: «Ich bewundere Bertrand Russell in allem, was er geleistet hat. Seine Demonstrationen sind von großer Bedeutung für die Welt. Die Lage ist seit dem Zusammenbruch der Gipfelkonferenz immer drohender geworden und die Regierungen suchen jeden Widerstand gegen Nuklearwaffen zu unterdrücken. Im Gedanken bin ich bei euch.»

Kenneth Kaunda, einer der führenden Männer der Unabhängigkeitspartei von Nordrhodesien, erklärt: «Die täglich wachsende Drohung völliger Vernichtung ist eine Herausforderung an das Gewissen und den gesunden Menschenverstand aller Menschen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem dauernden Terror eines bevorstehenden Nuklearkrieges und der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung der Völker Afrikas und Asiens.

Während per Stunde 100 Millionen Dollar für Waffen ausgegeben werden, müssen zwei von drei menschlichen Wesen unter dem Existenzminimum dahinvegetieren. Unser Kampf ist der gleiche. Die Völker müssen Widerstand leisten — sie müssen sich in gewaltloser Revolution durch zivilen Ungehorsam jeder Machtausübung entgegenstellen, die ihren Hunger nicht beachtet und das Überleben der Menschheit bedroht.

Darum machen wir gemeinsame Sache. Wir treten ein für eine internationale Widerstandsbewegung, die sich nicht zufrieden geben wird, bis diese Politik aufhört oder die dafür verantwortliche Regierung zurücktritt.»